

## **U-Bahnsicherheit statt U-Bahnwache**

**Antragssteller\*innen:** RV München Süd

**Adressat\*innen:** Unterbezirkskonferenz der Jusos München, Parteitag der SPD München, Stadtratsfraktion SPD München

Die Sicherheit in der Münchner U-Bahn ist von zentraler Bedeutung für das Wohlbefinden und die Sicherheit der Bürger\*innen. Die aktuelle Lösung, in Form der U-Bahnwache, ist jedoch in ihrer derzeitigen Ausgestaltung problematisch. Wir fordern eine Neuausrichtung der Sicherheitsmaßnahmen, die auf Prävention, Deeskalation und qualifizierte Erste Hilfe setzt, anstelle eines privatwirtschaftlich organisierten Sicherheitsdienstes.

Die U-Bahnwache, wie sie derzeit besteht, basiert auf einem Modell, bei dem die Mehrheit der Anteile (51%) von den Stadtwerken München gehalten wird, während die operative Verantwortung bei der Minderheitsgesellschafterin, der SECURITAS GmbH Sicherheitsdienste, liegt. Dieses privatwirtschaftliche Modell birgt erhebliche Risiken für die Sicherheit und das Vertrauen der Fahrgäste in die Sicherheitskräfte. Es sind Fälle bekannt, in denen über aggressives Verhalten von Mitarbeitenden berichtet wird, was die eigentliche Aufgabe, nämlich die Sicherheit der Fahrgäste zu gewährleisten, völlig verfehlt.

Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, dass die Ausbildung zum Mitarbeiter im Streifendienst der U-Bahnwache lediglich 4,5 Monate dauert und darin Themen wie Rechtskunde, Psychologie und Selbstverteidigung hinreichend abdecken soll. Im Vergleich zur polizeilichen Ausbildung ist dies unzureichend, insbesondere im Hinblick auf den sicheren Umgang mit Schusswaffen. Das Tragen von Schusswaffen ist aus unserer Sicht nicht notwendig, da bereits die bloße Präsenz uniformierter Kräfte eine ausreichende abschreckende Wirkung entfaltet.

Es bedarf daher einer Neustrukturierung hin zu einer U-Bahnsicherheit, die sich vollständig in öffentlicher Trägerschaft befindet und so Vertrauen und Transparenz schafft. Der Fokus soll auf Prävention, Deeskalation und qualifizierter Erste-Hilfe liegen, um das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste nachhaltig zu stärken. Daher ist auch eine Entwaffnung der U-Bahnsicherheit notwendig, wodurch das Risiko unnötiger Gewaltanwendung minimiert wird. Die U-Bahn soll ein Ort sein, an dem sich alle Bürger\*innen sicher und wohl fühlen – ohne die Bedrohung durch unzureichend ausgebildete, bewaffnete Sicherheitskräfte.

Wir Jusos München setzen uns für eine gerechte, transparente und bürgernahe Sicherheitspolitik ein, die auf Vertrauen statt auf Angst und Law & Order setzt. Mit

diesem Antrag wollen wir einen wichtigen Schritt hin zu einer solchen Sicherheitspolitik für die Münchner U-Bahn gehen.

Wir fordern deshalb:

1. **Entwaffnung der U-Bahnwache:** Wir fordern die sofortige Entwaffnung der U-Bahnwache, da deren Mitarbeitende nicht ausreichend ausgebildet sind, um einen sicheren Umgang mit Schusswaffen zu gewährleisten. Es bedarf keiner zusätzlichen Bewaffnung ziviler Teile der Gesellschaft, zumal das Gewaltmonopol bei der Polizei liegt.
2. **Neustrukturierung in eine U-Bahnsicherheit:** Anstelle der U-Bahnwache soll eine U-Bahnsicherheit etabliert werden, die folgende Aufgaben übernimmt:
  - **Konfliktprävention und Deeskalation:** Regelmäßige Schulungen der Mitarbeitenden, um Konflikte frühzeitig zu erkennen und deeskalierend einzugreifen.
  - **Selbstverteidigung im Notfall:** Die Mitarbeitenden sollen in der Lage sein, sich und andere im Notfall zu verteidigen. Dies soll ohne den Einsatz von Fernwaffen passieren.
  - **Erste-Hilfe-Leistung:** Die Mitarbeitenden sollen über fundierte Kenntnisse in Erster Hilfe verfügen und regelmäßig geschult werden.
  - **Psychische Erste-Hilfe:** Auch in psychischen Notfällen sollen die Mitarbeitenden erste Hilfe leisten können. Hierfür sind ebenfalls regelmäßige Schulungen notwendig.
  - **Funktion als First Responder:** Die U-Bahnsicherheit soll als erste Instanz agieren und bei Bedarf schnellstmöglich den Notarzt oder die Polizei verständigen.
3. **Öffentliche Trägerschaft:** Die U-Bahnsicherheit soll vollständig einer öffentlichen Institution, wie der Stadt München oder den Stadtwerken München, unterstellt sein, um Transparenz und öffentliche Kontrolle zu gewährleisten.
4. **Berichterstattungspflicht:** Die U-Bahnsicherheit soll jährlich einen Bericht über Vorfälle, durchgeführte Schulungen und den generellen Zustand der Sicherheit in der Münchner U-Bahn veröffentlichen.